

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress – Kommunalpolitik – Jugend – Wirtschaft – Kultur. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 500 B

1. Dezember 2013

38. Jahrgang

Den Quatsch beenden

Ja, **Sigmar Gabriel** hat Recht. Man sollte den Quatsch beenden. Damit meine ich allerdings die Mitgliederbefragung bei der SPD. Ich halte nichts von Volksentscheiden, weil es nicht sein kann, dass eine Minderheit am gewählten Parlament vorbei Entscheidungen treffen kann. Für Parlamentsentscheidungen gibt es zwei Regulative: Das Bundesverfassungsgericht und der Wähler. Letzterer hat dazu alle vier oder fünf Jahre Gelegenheit. Es ist schon bemerkenswert genug, dass eine Partei, die die Wahl deutlich verloren hat, plötzlich viele ihrer Wahlversprechen in einem Koalitionsvertrag unterbringen konnte.

Die SPD hat einige Male ihre Spitzenkandidaten direkt von der Basis wählen lassen. Und, was ist dabei herausgekommen? Nichts, was nicht auch eine Kreisdelegiertenversammlung oder ein Landes- oder Bundesparteitag hätte beschließen können.

Wenn es kritisch wird, kneifen die Verantwortlichen so und so. Das hat die Berliner SPD sehr deutlich gezeigt, als es im letzten Jahr darum ging, einen neuen Landesvorsitzenden zu wählen. Die Angst davor, dass der Amtsinhaber von den Mitgliedern bestätigt werden könnte, war so groß, dass die linke Mehrheit im Landesvorstand diesen Mitgliederentscheid verhinderte. Das führte dann, wie wir wissen, dazu, dass die Linken ihren Kandidaten auf einem Landesparteitag wählen konnten.

Ich kann mich gar nicht daran erinnern, wer zuerst auf die Idee kam, die SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag abstimmen zu lassen. Das ist eine völlig unnötige Verbeugung vor den Mitgliedern, die gewohnt sind, ihre Repräsentanten für die Beschlussgremien zu wählen. Schon 20 Prozent der Mitglieder reichen aus, damit der Entscheid gültig ist. Und dann muss es von diesen 20 Prozent, ca. 90.000 Mitglieder, eine Mehrheit geben. Es könnte also sein, dass 50 oder 60 Tausend Mitglieder darüber entscheiden, ob es in Deutschland eine Große Koalition gibt. Für mich ist das das Ende der repräsentativen Demokratie, die ja wohl auch für die innerparteilichen Strukturen gilt.

Dass **Sigmar Gabriel** im ZDF-Interview mit **Marietta Slomka** so ausrastete, hat nur einen Grund: Natürlich weiß er, dass Frau Slomka mit ihren geäußerten Bedenken Recht hat. Wer im Unrecht ist, verliert leicht die Fassung. Natürlich ist die Frage: „Ist es in Ordnung, dass 474.820 SPD-Mitglieder darüber entscheiden können, welche Regierung künftig die Geschicke von rund 80 Millionen Deutschen lenkt?“ (Zitat DIE WELT) völlig berechtigt. Vor allem deshalb, weil sich längst nicht alle an der Entscheidung beteiligen werden. Dass Gabriel die von Frau Slomka vor-

getragenen verfassungsrechtlichen Bedenken als „Blödsinn“ bezeichnete, disqualifiziert diesen Mann eigentlich für ein Regierungsamt.

DIE WELT lässt zwei Staatsrechtler zu Wort kommen. „Der Leipziger Staatsrechtler **Christoph Degenhart** widerspricht Gabriel bei der Interpretation des Gesetzes: ‚Parteien wirken an der Willensbildung zwar mit. Sie dürfen diese aber natürlich nicht monopolisieren.‘ Und **Christian Pestalozza**, Staatsrechtler von der Freien Universität in Berlin, hält es für ‚legitim, dass Parteien uns bei den Wahlen beeinflussen‘. Dies gelte jedoch nicht für den anschließenden Prozess der Regierungsbildung.“

Frau Slomka argumentierte im heute-journal: „In der Bundesrepublik gibt es kein imperatives Mandat. Die Abgeordneten seien frei in ihrer Entscheidung. Aber die SPD-Basis schreibe ihren Abgeordneten vor, wie sie entscheiden sollen. Gabriel konterte: Das sei völlig falsch. Die Basis schlage dem Parteivorstand vor, wie er sich verhalten solle.“ Das ist nur die halbe Wahrheit, denn die SPD-Abgeordneten sollen ja letztlich **Angela Merkel** zur Kanzlerin wählen, was nur passieren wird, wenn es eine Schwarz-Rote Koalition gibt.

Der Staatsrechtler Degenhart sieht auch dieses Problem: „Mit dem Ergebnis des Mitgliedervotums werde ein Auftrag formuliert. ‚Wenn die Mitglieder Nein sagen, sollen die Abgeordneten auch nicht Frau Merkel zur Kanzlerin wählen.‘ Verfassungsrechtlich sei dies im Grunde nicht legitim – ‚es geht zu stark in Richtung imperatives Mandat‘. Auch **Christian Pestalozza** von der Freien Universität, findet, dass die Entscheidung ins Parlament gehört: ‚Gegen jede Art von Koalitionsvereinbarungen, an denen nicht nur die Fraktion beteiligt ist, habe ich von Haus aus Bedenken.“ (Quelle: DIE WELT)

Gabriel hält jedoch daran fest und versteigt sich darauf, „dass die Einbindung der Basis Schule machen werde. Slomka entgegnete, dies sei sehr interessant - für sie bedeute das: Wenn man in eine Partei eintritt, ist man ein ‚besserer‘ Wähler, weil man ein zweites Mal abstimmen darf.“ Frau Slomka stellte genau die richtigen Fragen.

„Der Jurist Degenhart teilt die Bedenken der Moderatorin: ‚Das hat Frau Slomka gut auf den Punkt gebracht. Die Demokratie geht vom Staatsbürger und nicht vom Parteimitglied aus‘, erklärte er gegenüber der ‚Welt‘. Allerdings: Das Ergebnis des Mitgliederentscheids werde nicht anfechtbar sein. Rechtlich gesehen ist die Befragung unverbindlich.“

Marietta Slomka hat nicht nur aus Expertensicht berechtigte Bedenken vorgetragen. Sollte der Mitgliederentscheid scheitern, kann man sich bei der SPD herzlich bedanken. Denn, die jetzige Führung der SPD kann zum 100sten Geburtstag von Willy Brandt aus der Parteizentrale ausziehen, was zu verkraften wäre, aber, wir hätten nach wie vor keine Regierung. Neue Koalitionsverhandlungen mit den Grünen müssten geführt werden. Dass es doch noch Rot-Rot-Grün geben könnte, halte ich zum jetzigen Zeitpunkt für vollkommen ausgeschlossen. Das wäre dann nämlich der größte Wahlbetrug aller Zeiten.

Sigmar Gabriel hat ja einen neuen Freund, nämlich den Chef der bayerischen Regionalpartei CSU **Horst Seehofer**. Dieser hat doch tatsächlich eine SMS an den ZDF-Intendanten geschickt, „Gabriele verteidigt und das ZDF beschimpft“. (Quelle: DIE WELT). Da platz einem wirklich die Seppelhose am Hintern. Diese ständige Einflussnahme der Politik auf die öffentlich-rechtlichen Medien ist unerträglich und mit der Pressefreiheit nicht vereinbar. Die Republik hat ein neues Quatsch-Politik-Du, Sigi und Horsti.

Ed Koch